

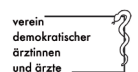
Empfehlungen der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit für die Globale Gesundheitsstrategie der Bundesregierung

Die Deutsche Plattform für Globale Gesundheit (DPGG), ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler*innen, verfolgt das Ziel, die Bedeutung der gesellschaftlichen Bedingungen von Gesundheit und Krankheit stärker in die nationale und internationale Gesundheitsdebatte einzubringen. In der heutigen globalisierten Welt sind die wesentlichen Einflussfaktoren für Wohlbefinden und Gesundheit der Menschen nicht mehr allein auf nationaler Ebene steuer- und beeinflussbar. Es gilt aber auch: „Globale Gesundheit fängt zu Hause an“. Daher will die Plattform dazu beitragen, die Trennung zwischen nationaler und globaler Gesundheitspolitik zu überwinden.

Gleiche Gesundheitschancen weltweit

Gesundheit ist ein hohes Gut und zugleich ein Menschenrecht. Überall auf der Welt hängen die Gesundheitschancen weitaus stärker von gesellschaftlichen Bedingungen und vom sozialen Status als vom individuellen Gesundheitsverhalten ab. Menschen mit geringerer Bildung und niedrigem Einkommen erkranken und sterben früher als Angehörige der oberen Gesellschaftsschichten. Das liegt nicht so sehr an höheren Hürden beim Zugang zu medizinischer Versorgung, denn selbst umfassende soziale Sicherungssysteme wie in Deutschland ändern nichts daran, dass Angehörige des reichsten Bevölkerungsfünftels im Durchschnitt viele Jahre länger leben als die einkommensschwächsten 20 Prozent. Diese in Deutschland wie weltweit bestehenden Ungleichheiten bei den Gesundheits- und damit den Lebenschancen der Menschen sind nicht naturgegeben, sondern gesellschaftlich verursacht und daher politisch veränderbar. **Verantwortungsvolle globale Gesundheitspolitik muss die Verringerung dieser Ungleichheiten anstreben.**

So wie in den meisten Ländern geht es in der gesundheitspolitischen Debatte in Deutschland indes fast ausschließlich um Fragen von Umfang und Organisation des Krankenversorgungssystems, um Finanzierungsbeiträge und die Bezahlung von Leistungserbringern. Die vielerorts übliche Verkürzung von Gesundheit und Krankheit auf individuelle Eigenverantwortung ist der falsche Weg und verstärkt eher Ungleichheiten, anstatt sie zu verringern. Die Ursachen von Krankheit kommen oftmals primär in Form individualisierter Risikofaktoren zur Sprache, während die wichtigsten krankmachenden Faktoren, die sozialen, ökologischen, strukturellen und politischen Determinanten von Gesundheit und Krankheit kaum eine Rolle spielen. Im Mittelpunkt der Strategie der Bundesregierung zu globaler Gesundheit sollten daher auch die Schaffung und Förderung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen auf lo-



Dr. Dr. Jens Holst,
Professor für Medizin
mit Schwerpunkt Global
Health, Hochschule
Fulda

Prof. Dr. Oliver Razum,
Epidemiologie und
International Public
Health, Dekan Fakultät
für Gesundheitswissen-
schaften Universität
Bielefeld

kaler, nationaler und globaler Ebene stehen. **Eine gesundheitsfördernde Politik muss nicht nur gute Versorgung im Krankheitsfall gewährleisten, sondern vor allem Bedingungen schaffen, die ein gesundes Leben ermöglichen.**

Denn zur Überwindung gesundheitlicher Ungleichheiten kann das Gesundheitssystem ohnehin nur einen kleinen Teil beitragen. Gesundheitspolitik muss sektorübergreifend sein und in allen Bereichen ansetzen, die direkt oder indirekt Einfluss auf Wohlbefinden und Gesundheit der Menschen haben. Die WHO fordert daher ein kohärentes Vorgehen auf verschiedenen Politikebenen (Gesundheit in allen Politikbereichen bzw. *Health in all Policies*) unter Einbeziehung staatlicher Akteure, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und globaler Organisationen. Wenn sie wirksam zur Verbesserung der Gesundheit der Weltbevölkerung beitragen will, muss die Strategie der Bundesregierung zu Globaler Gesundheit auch Instrumente zum *Policy Impact Assessment* bereitstellen, d. h. Ansätze zur **Überprüfung aller Politikbereiche auf ihre sozialen, ökologischen und vor allem gesundheitlichen Auswirkungen**. Nur so lassen sich Regelungen, Vorhaben und Maßnahmen vermeiden, die negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen haben.

Die globale Gesundheitsstrategie sollte deshalb:

- **Bedingungen schaffen, die ein gesundes Leben ermöglichen;**
- **gesundheitliche Ungleichheit verringern;**
- **einen Health-in-All-Ansatz verfolgen;**
- **Maßnahmen in allen Politikbereichen einem *health impact assessment* unterziehen.**

Soziale Sicherheit für alle

Insbesondere in den Ländern des Südens, aber auch in den reichen Ländern dieser Welt haben globalisierungsbegleitende Maßnahmen wie Strukturanpassungen, öffentliche Sparprogramme und Privatisierung die öffentlichen Sozialsysteme unter Druck gesetzt oder abgebaut. Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Berufsunfähigkeit müssen die Menschen auf zuverlässige Sicherungssysteme zurückgreifen können. Ohne die Befreiung aus sozialer Unsicherheit und Not sind die Grundrechte, Verwirklichungschancen und letztlich die Freiheit der Menschen nicht gewährleistet. **Universelle soziale Absicherung im Krankheitsfall ist kein bloßer volkswirtschaftlicher Kostenfaktor, sondern Grundlage für individuelle und ökonomische Entwicklung und gesellschaftliche Wohlfahrt.**

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) verpflichten auch Deutschland, allen im Land lebenden Menschen soziale Sicherheit zu bieten. Das bedeutet, **Sozialleistungen** in vollem Umfang **auch für Asylsuchende, nicht erwerbstätige EU-Bürger*innen und alle Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus** zugänglich zu machen. Auf globaler Ebene verdient die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme auch und gerade in den armen Ländern des Südens besondere Aufmerksamkeit. Eine Strategie zu Globaler Gesundheit muss daher immer auch universelle soziale Absicherung im Krankheitsfall sowie umfangreicheren Sozialschutz einschließen – hierzulande wie anderswo auf der Welt.

Die Stärkung der Gesundheits- und Sozialsysteme im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wird nicht ausreichen. **Die nachhaltige Verbesserung der sozialen Lage aller**

Menschen auf der Erde erfordert neben der gerechteren Nutzung eigener Ressourcen und wirtschaftlicher Teilhabe auch finanzielle Unterstützung armer Gesellschaften und der dort lebenden Menschen.

Die globale Gesundheitsstrategie sollte deshalb folgende Elemente beinhalten:

- **Gewährleistung des universellen Rechts auf Sozialschutz und Absicherung gesellschaftlicher Risiken;**
- **Aufbau sowie nachhaltige und solidarische Finanzierung sozialer Sicherungssysteme weltweit, einschließlich Zugang für alle in Deutschland lebenden Menschen zu garantierten Sozialleistungen;**
- **Einrichtung eines globalen Finanzausgleichsfonds für Sozialleistungen, insb. soziale Absicherung im Krankheitsfall.**

Arbeit gesund gestalten

Angemessener Schutz für das Leben und die Gesundheit Beschäftigter sowie soziale Sicherungsmaßnahmen zur Sicherung von Mindesteinkommen und umfassender ärztlicher Versorgung sind schon lange zentrale Zielsetzungen der internationalen Gemeinschaft. Die Globalisierung setzt allerdings weltweit die Arbeitsstandards zunehmend unter Druck und erschwert ihre Durchsetzung. Wohlbefinden und Gesundheitschancen der erwerbstätigen Bevölkerung sind vielerorts dem Wachstums- und Gewinnstreben untergeordnet. Noch schlimmer ist die Lage für Erwerbslose, die früher erkranken und sterben, für die nach ILO-Angaben etwa 20 Millionen Zwangsarbeiter*innen und über 200 Millionen arbeitende Kinder weltweit. Eine globale Gesundheitsstrategie sollte daher auch Ansätze zur Verringerung wichtiger gesundheitsschädigender Risikofaktoren wie **Unsicherheit von Arbeitsplätzen, prekären Beschäftigungsverhältnissen, schlechten Arbeitsbedingungen und mangelnder sozialer Absicherung bei Erwerbslosigkeit einschließen.**

Denn in der heutigen globalen Wirtschaftsordnung gelten niedriges Lohnniveau, Einsparungen beim Arbeitsschutz, flexible und damit instabile Beschäftigungsverhältnisse sowie fehlende oder schwache Gewerkschaften als positive Standortfaktoren. Solange sich die Logik von kurzfristiger Renditemaximierung und Wachstum um jeden Preis nicht durchbrechen lässt, bleibt gesundheitliche Gerechtigkeit unerreichbar. Die Strategie zu Globaler Gesundheit der Bundesregierung muss nicht nur die Arbeitsbedingungen der Menschen auf dieser Welt berücksichtigen, sondern auch die Verantwortlichkeit deutscher und internationaler Unternehmen und anderer Akteur*innen. Wer es ernst meint mit besserer Globaler Gesundheit, kommt nicht um die Forderung nach **verantwortungsvoller, demokratischer Steuerung der Weltwirtschaft herum, die wirtschaftliche, soziale, ökologische und gesundheitliche Aspekte beachtet und verschiedene Interessen in Einklang bringt.**

Die globale Gesundheitsstrategie sollte deshalb auf folgende Aspekte beinhalten:

- **Gewährleistung des Grundrechts auf Arbeit und angemessene Entlohnung;**
- **Einhaltung der ILO-Arbeitsschutzbestimmungen und Überwindung gesundheitsgefährdender Arbeitsverhältnisse weltweit;**
- **Stärkere Ausrichtung der Weltwirtschaft an gesellschaftlichen, Umwelt- und gesundheitlichen Kriterien.**

Klimawandel und Gesundheit

Der Klimawandel gefährdet die Grundlagen menschlichen Lebens auf dem Planeten und gilt als größte Gesundheitsbedrohung im 21. Jahrhundert. Luftverschmutzung ist weltweit eine der häufigsten Ursache für Krankheit und Tod; Erderwärmung und klimatisch bedingte Umweltschäden gefährden elementare Voraussetzungen für Gesundheit und Wohlergehen und drohen die Gesundheitsverbesserungen der letzten Jahrzehnte zunichte zu machen. Umfassendes, entschlossenes und schnelles Handeln sind unumgänglich, um die Folgen der Erderwärmung unter Kontrolle zu halten.

Der Umweltverschmutzung und Klimawandel wirken direkt und indirekt auf die Gesundheit. Angesichts der potentiell existenziellen Bedrohung unserer Zivilisation und der menschlichen Gesundheit durch Klimawandel und fortschreitende Umweltzerstörung sollte das Thema Klimawandel und Gesundheit ein Eckpfeiler jeglicher Global-Health-Strategie sein. Wirksamer Klimaschutz ist aktiver Gesundheitsschutz, der mehr ist als Resilienzstärkung.

Die globale Gesundheitsstrategie sollte deshalb:

- **einen schnellen Übergang zu CO₂-neutraler Wirtschaft und Gesellschaft durch einen sozialverträglichen Kohleausstieg, Abgaben auf fossile Energien und den Abbau klima- bzw. umweltschädlicher Subventionen einfordern;**
- **die Verwendung der zusätzlichen Mittel für Klimaschutz und Gesundheit anstreben;**
- **ärmere Länder finanziell und technologisch unterstützen, den auf Umweltzerstörung und fossiler Energiegewinnung beruhenden Entwicklungspfad zu umgehen;**
- **Global Health als Gesundheit der menschlichen Zivilisation und ihrer natürlichen Ressourcen verstehen.**

Gesundheit: Menschenrecht in öffentlicher Verantwortung

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen,“ heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Der UN-Sozialpakt von 1966 verpflichtet die Vertragsstaaten „zur Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen“. Auch die Weltgesundheitsorganisation macht explizit die Regierungen für den Gesundheitszustand der Bevölkerung verantwortlich. Auch wenn die Beteiligung der Zivilgesellschaft wichtig ist – die Staaten dürfen diese Verantwortung nicht auf sie abwälzen.

Diesen und anderen international bindenden Regeln zum Trotz stellt die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit bis heute eine globale Herausforderung dar. Die als Lösung knapper Haushalte gepriesenen Privatisierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften (Private-Public-Partnerships - PPP) zeigen mittlerweile unerwünschte Wirkungen wie steigende Verbraucherpreise, fehlende Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Mittel oder wachsende soziale und gesundheitliche Ungleichheit. Diese Folgen einer verengten betriebs-

wirtschaftlichen Logik marktorientierter Reformen haben die Notwendigkeit und Bedeutung gesellschaftlicher Daseinsvorsorge nachdrücklich unterstrichen, in Deutschland ebenso wie in den anderen Ländern der Welt. Ohne Erhaltung und Stärkung der öffentlichen sozialen Verantwortung, bleibt das Recht auf Gesundheit unerreichbar. In der Pflicht sind zuallererst die Staaten, die für den sozialen und institutionellen Rahmen sorgen müssen, Verantwortung für den ungehinderten Zugang zur Versorgung für Alle tragen und gesundheitliche Ungleichheiten abbauen müssen. **Die globale Gesundheitsstrategie der Bundesregierung sollte zwar die Zivilgesellschaft einbeziehen, aber zugleich die verpflichtende Rolle der öffentlichen Hand für die Daseinsfürsorge, Krankenversorgung und soziale Sicherung betonen.**

In Deutschland haben sich 2011 verschiedene im Gesundheitsbereich tätige zivilgesellschaftliche Akteure zu einer Plattform für Globale Gesundheit zusammengefunden, deren Ziel es ist, unter den Bedingungen der fortschreitenden Internationalisierung der Lebensbedingungen den engen Zusammenhang zwischen globalen und lokalen Einflussfaktoren von Gesundheit stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, vorhandene Kräfte zu bündeln und in Deutschland politisch Einfluss zu nehmen.

Die Plattform, in der Gewerkschaften, Sozial- bzw. Wohlfahrtsverbände, entwicklungs- wie migrationspolitische Organisationen, Wissenschaft, soziale Projekte und Bewegungen mitwirken, versteht sich nicht als weitere gesundheits- oder entwicklungspolitische Lobby-Gruppe, sondern als übergreifende Initiative mit dem Ziel, die sozialen Bedingungen für Gesundheit stärker in den Mittelpunkt der nationalen und internationalen Gesundheitsdebatte zu rücken. Außerdem will die Plattform die Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen Initiativen stärken und dazu beitragen, die bisher bestehende Trennung zwischen innenpolitischer und globaler Gesundheitspolitik zu überwinden.

Impressum und Kontakt:

Deutsche Plattform für Globale Gesundheit
c/o medico international e.V.
Lindleystraße 15 – 60314 Frankfurt am Main

Tel. 069 94438-0
eMail: info@plattformglobalegesundheit.de